

Jhrung des Friedensvertrages hängt aber unter anderem davon ab, ob es gelingt, die Polen dazu zu bringen, ihrerseits den Friedensvertrag zu akzeptieren, von dem Streben nach unrechtmäßigen Interessen Abstand zu nehmen und auf die Anwendung aller Mittel der Gewalt zu verzichten.

Wichtiger als die Antwort der Reichsregierung auf die französischen Beschlüsse, die auf den Gang der Ereignisse einen Einfluss ausüben können wird, ist die Antwort, die sie auf das Ersuchen der französischen Regierung, französische Truppen-transporte durch Deutschland zuzulassen, erteilt hat. Sie lautet:

Berlin, 23. Juli. Der französische Botschafter hat bei seinem heutigen Besuch den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Brüning, gefragt, ob die deutsche Regierung erklären wolle, daß sie bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport einer französischen Division zu treffen, die die französische Regierung nach Oberschlesien zu senden beabsichtigt.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem französischen Botschafter heute Abend die nachstehende Antwort erteilt:

Herr Botschafter! Bei unserm heutigen Gespräch haben Sie mir mitgeteilt, daß die französische Regierung entschlossen sei, eine Division Hilfstruppen durch Deutschland nach Oberschlesien zu schicken, und haben hieran die Anträge geknüpft, ob die deutsche Regierung bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den solchen Transport dieser Truppen durch Deutschland zu treffen.

Nach Rücksprache mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen ist mir hierauf mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, es sich zu gefallen, die Transporte von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte den Bestimmungen des Versailler Vertrags in jeder Weise nachzukommen. Indessen kann nach ihrer Auffassung ein Ersuchen um Beförderung von Truppen nach Oberschlesien nicht von einer der drei Mächte im eigenen Namen, sondern nur im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, welche die Besetzung Oberschlesiens ausführen, gestellt werden. Ich darf Ihre Excellenz daher um eine geneigte Mitteilung darüber bitten, ob das Ersuchen in diesem Falle im Namen der drei Okkupationsmächte gestellt ist.

Es ist fraglich, ob es sehr geschickt von der deutschen Regierung war, die Wünsche der französischen und englischen Regierung bestehenden Gegenstände so offen für sich auszusprechen. Die französische Regierung wird sich jedenfalls auch durch diese abweisende Antwort in ihren Plänen nicht stören lassen, wie aus folgender Meldung unseres Berliner Berichterstatters hervorgeht:

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung der A. B.) Die Antwort der deutschen Außenministeriums auf das Ersuchen des französischen Botschafters, Erleichterungen von Transporten französischer Truppen nach Oberschlesien zu schaffen, ist in Paris wieder sehr hart verurteilt. Man findet dort den Ton des deutschen Antwortschreibens anmaßend und zu verächtlich, und erklärt dann, daß Deutschland doch vor nicht allzu langer Zeit der Überführung englischer Truppen, die dasselbe Ziel hatten, keine Schwierigkeiten bereitet habe. Der Intransigent betont, daß die französische Verstärkung, und zwar die 11. Division, unter General Bobalon, nach Oberschlesien entsandt werde, einerseits, ob Deutschland seine Zustimmung gibt oder nicht. Gegebenenfalls würden die Transporte über Antwerpen — Danzig erfolgen.

Der Konflikt zwischen England und Frankreich hat inzwischen noch keine Lösung gefunden. Frankreich ist offenbar entschlossen, auf eigene Faust auch gegen den Willen Englands seine Division nach Oberschlesien zu transportieren, und hat seinen Willen der englischen Regierung kundgegeben. Darüber wird gemeldet:

Paris, 23. Juli. (Havas.) Der britische Geschäftsträger Sir Milne Cheetham hatte heute Nachmittag mit dem Generalleutnant des Ministeriums des Auswärtigen Philippe Berthelot eine Besprechung über den zur Regelung der oberschlesischen Frage einzuschlagenden Geschäftsgang. Sir Milne Cheetham legte abermals die von Lord Curzon am letzten Donnerstag gegenüber dem Grafen de St. Austre vorgeschlagenen Argumente dar. Berthelot erklärte, er sei beauftragt, auf der unversöhnlichen Ablehnung von Verstärkungen zu bestehen.

Paris, 23. Juli. Der Meinungsaustrausch zwischen Paris und London über das Verfahren, welches einzuschlagen ist, um die oberschlesische Frage zu lösen, dauert an. Gestern Abend wurde der Botschafter St. Austre telegraphisch ersucht, bei der englischen Regierung auf der Notwendigkeit zu bestehen, vor der Einberufung des Obersten Rates 1. Verstärkungen nach Oberschlesien zu senden, um die Durchführung des Spruches der Alliierten zu sichern, 2. die sofortige Einberufung eines Sachverständigenausschusses zu fordern, der die technische Seite der Frage prüfen und einen Bericht vorbereiten soll.

Die englische Regierung ist sich in dieser kritischen Lage über ihre Antwort noch nicht schlüssig geworden. Es heißt, daß sie erst eine Rückfrage in Opatowitz über den hiesigen Text des Gutachtens der Kommissare stellen will. Unabhängig davon wird sie aber auf der schleunigen Einberufung des Obersten Rates bestehen. Nach Blättermeldungen soll die französische Regierung sich bereits mit einer Einberufung für den 15. August einverstanden erklärt haben, während andererseits, was in seiner politischen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, die italienische Regierung sich nach einem Schwanken und Zögern auf den englischen Standpunkt gestellt hat. Die Frankfurter Zeitung meldet darüber:

Rom, 23. Juli. Eine offizielle Note des Ministeriums stellt fest, daß Italien unbedingt die sofortige Entscheidung in Oberschlesien durch den Obersten Rat befürworten müsse, da dadurch allein eine Pazifikation herbeiführen sei. Die Sache sei spruchreif, so daß ein neuer Ausschub ungerechtfertigt erscheine.

Die Ausdehnung der Hungerkatastrophe in Sowjetrußland.

OE. Teriofi, 22. Juli. Das russische Zentralsekretariat hat eine „außerordentliche Kommission“ zur Hilfeleistung in die von der Hungersnot betroffene Bevölkerung gebildet. An der Spitze der Kommission steht der Vorsitzende des Moskauer Sowjets Kamenew, der zur Zeit Verhandlungen mit hervorragenden Persönlichkeiten des früheren öffentlichen Lebens und mit Vertretern der russischen Schriftstellerwelt führt. Kamenew ist bereit, die Anregungen dieser Vertrauensmänner in weitestem Maße zu berücksichtigen, um eine gemeinsame Rettungsaktion in großem Stil zu ermöglichen.

Das Mitglied des russischen Zentralsekretariats Komarow bezeichnet in dem Bericht von seiner Dienststelle durch Rußland die Enttäuschungen in den Gouvernements Wjatka, Perm, Jekaterinburg als befriedigend, während sonst im Gebiet der Kama, ferner der Wolga, des Don und im Nordkaukasus die gesamte Ernte zugrunde gegangen sei. Was die Ukraine betrifft, so sind von der nördlichen Hälfte der Gouvernements Alexandrow, Jekaterinow, Wostawa, Kremenischug, Nikolajew und Odesa betroffen worden, während in Charkow und Ichnegow eine gute, in Kiew, Podolien und Wolhynen eine mittlere Ernte erwartet wird. — Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die deutschen Wolgafunktionäre in Massen nach anderen Gebieten über, da keine Winterfrucht im Wolgagediet vorhanden ist. — Im Kuban-gebiet und in den Schwarzmeer-Gouvernements bedrohen Heu-

sprecken- und Heufliegenplagen die letzten Reste der Landwirtschaft. Es ist dort ein besonderer Stab zur Bekämpfung der Schädlinge organisiert worden unter Hinzuziehung von Abteilungen der Roten Armee.

Die Furcht vor neuen Verwicklungen im Osten.

OE. Teriofi, 22. Juli. Die Peterburger Prawda und Krasnaja Gaseta fordern eine schleunige Komplettierung der Armee aus Anlaß von Gerüchten, die den Verdacht nahelegen, daß Polen die Absicht hege, einen Angriff auf Weißrußland und die Ukraine auszuführen, und daß neue Interventionen in Vorbereitung seien. — Die finnländische Presse beschäftigt sich angelegentlich mit der Frage eines möglichen Reizes zwischen Sowjetrußland und Estland. — Wie dem Korrespondenten des Ost-Express von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, legen die ausländischen Abteilungen Machnos — entgegen den anderslautenden Meldungen der Sowjetpresse — ihre Tätigkeit ungeschwächt fort. Machnos selbst ist am Leben und die von ihm geleitete Aufstandsbewegung hat sich neuerdings wieder verstärkt.

Vom Orientkrieg.

Vollständiger Sieg der griechischen Armee.

Athen, 23. Juli. (Agence d'athènes.) Nach Blättermeldungen werden die Reste der türkischen Armee von Sotchi Schehr und Kutahia in der Richtung auf Angora verfolgt, wo sie sich zu konzentrieren suchen. Die griechische Kavallerie geht parallel der Eisenbahnlinie vor. Zomet Pascha ist verwundet, sein Generalstabchef wurde getötet. Die Türken müssen die Halbinsel Zomid räumen.

Athen, 23. Juli. (TU.) Offiziell wird gemeldet, daß die griechische Armee im Osten von Sotchi-Schehr einen glänzenden Sieg davongetragen und vierzehn türkische Infanterie-Divisionen in die Flucht geschlagen hat. Die griechischen Zeitungen erklären enthusiastisch, daß der Feldzug gegen die Kemalisten als beendet betrachtet werden kann. König Konstantin wird heute seinen Einzug in Kutahia halten.

Keinmal Eingeländnis der Niederlage.

Konstantinopel, 23. Juli. (DN.) Mustafa Kemal Pascha erklärt in einem Manifest, daß die nationale Armee von Angora sich auf Stellungen zurückziehe, die von vornherein vorgezeichnet waren. Die Proklamation empfiehlt der Bevölkerung „nationalen, keinerlei Anruhe zu zeigen, denn die nationale Armee werde ihre Pflicht vollziehen. Die muslimanische Bevölkerung von Angora, Kutahia und Sotchi Schehr ist nach Sivas und Erzerum verbracht worden.

Obwohl über den Erfolg der griechischen Offensive nach den offiziellen griechischen sowohl wie türkischen Heeresberichten kein Zweifel mehr bestehen kann, verbreitet die französische Agence Havas, der die griechischen Siege aus begrifflichen Gründen recht peinlich sind, doch folgende Meldung:

Paris, 23. Juli. Die Agence Havas meldet aus Angora, daß die türkische Armee eine erbitterte Schlacht geliefert haben, die zugunsten der Türken geendet habe. Die Griechen hätten viele Gefangene, acht Geschütze, mehrere Maschinengewehre sowie viel Munition und Kriegsmaterial verloren.

Abbau des japanischen Imperialismus?

Bombay, 22. Juli. Nach einer Erhebungsmeldung aus Neuport schreibt das Londoner Blatt Nishi-Nishi, das Kabinett habe beschlossen, alle japanischen Truppen aus Sibirien und Schantung zurückzuziehen und die Einladungen des Präsidenten Harding zu einer Konferenz über den Fernen Osten anzunehmen. Auf dieser Konferenz werde es dann die Anerkennung der Gleichberechtigung aller japanischen Staatsangehörigen in der ganzen Welt fordern.

Obwohl das Blatt Nishi-Nishi im allgemeinen gut informiert zu sein scheint, erscheint diese Nachricht doch sehr unglaubwürdig oder falsch übertrieben; denn die Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien und Schantung würde den vollständigen Zusammenbruch des japanischen Imperialismus, der für den japanischen Kapitalismus das Lebenselixir darstellt, und eine bedingungslose Kapitulation vor Amerika bedeuten, der aber der Widerstand Japans gegen die Regelung der Ostfragen auf der Washingtoner Konferenz widerpricht. Darüber und über die Vorbereitungen zur Konferenz wird gemeldet:

Paris, 23. Juli. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington wird von amerikanischer Seite die harte Verlangung des Zeitpunktes der Abrüstungskonferenz in Aussicht gestellt. Trotz der Einwendungen Japans sei man der Ansicht, daß die Japan- und Schantungfrage auf das Konferenzprogramm gehören und darauf erscheinen würden, falls nicht vor der Aufnahme der Beratungen eine Regelung zustande komme. Die Regierung habe Belgien und andere interessierte Mächte davon in Kenntnis gesetzt, daß ihrer Vertretung bei den Beratungen nichts entgegenstehe, wenn die Beratungen Gegenstände ihres Interesses berühren.

Wie England abrüstet.

Bombay, 23. Juli. Daily Mail meldet, das Kabinett habe sich für den Bau von Groß-Kampfschiffen und für die Fortsetzung des Flottenbauprogramms in dieser Beziehung ausgesprochen. Im Laufe der nächsten Jahre würden durchschnittlich 3-4 Groß-Kampfschiffe gebaut werden.

Die deutschen Holzhäuser.

Vorteilhafte deutsche Angebote.

Paris, 21. Juli. Intransigent teilt mit, die französischen Lieferanten für Holzhäuser, die sich beklagt hätten, daß umfangreiche Bestellungen in Deutschland gemacht werden sollten, hätten ihrerseits keine Differenz zum selben Preise gemacht. Das Ministerium für die befreiten Gebiete, dem die Notwendigkeit einer raschen Lösung klar gewesen sei, habe Verhandlungen mit den Deutschen, entgegen gewissen Nachrichten, nicht abgebrochen, sondern beschlossen, die Deutschen zur Lieferung von Holzhäusern in drei Typen für eine Anzahl von Dörfern der Kriegszonen aufzufordern. Als man endlich ein französisches Angebot, nämlich von den Sägemehlern im Departement des Landes, erhalten habe, seien die Firmen ersucht worden, ihrerseits Holzhäuser zu liefern, die in den am stärksten mitgenommenen Dörfern aufzubauen würden. Die Geschädigten hätten dann die Wahl. Die deutschen Werte könnten in 30 Tagen liefern und in 10 weiteren Tagen ohne Zuhilfenahme von Spezialarbeitern die Häuser aufbauen. Nach den ersten Schätzungen sollten die Deutschen dieses Jahr bis zu 10 000 Häuser liefern. Wohlverstandenen könnten die Bestellungen bei Fabrikanten des Departements des Landes denselben Sachverhalt oder sogar noch übersteigen. Das französische Ministerium befreiter Gebiete spiele dabei nur die Rolle des uninteressierten Vermittlers sowohl für die Bestellungen in Deutschland als auch für die in Frankreich.

Deutschland.

Wahrhaftig?

Die holländischen Zeitungen melden, einem Bericht des Kupferwerks zufolge, daß der provisorische Vertreter der deutschen

Regierung in Moskau dem Volkskommissar für Außenpolitik Tschitscherin mitgeteilt hat, die deutsche Regierung werde die Angelegenheit über die Ausweisung Kretzschmar aus Bayern untersuchen und eine befriedigende Entscheidung treffen.

Wird die Reichsregierung wirklich eine „befriedigende Entscheidung“ gegen Bayern zu treffen wagen? Und wie lange wird sie dazu brauchen?

Selbstmord des früheren bayerischen Verkehrsministers Frauendorfer.

Wie aus München gemeldet wird, hat der Leiter der bayerischen Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums, v. Frauendorfer, sich in den Anlagen von Gieselsdorf bei München durch einen Schuß das Leben genommen. Unmittelbar vorher war bekannt geworden, daß Frauendorfer, der ein leidenschaftlicher Münzliebhaber war, seltene antike Münzen gekauft und die Gießlinge verkauft habe. Der Aufklärung über diese schwere Beschuldigung ist Frauendorfer durch seinen Selbstmord zuvor gekommen.

Frauendorfer war nach der Schaffung des bayerischen Verkehrsministeriums — im Jahre 1903 — dessen erster Leiter und blieb es bis zum Jahre 1912, wo er wegen seiner bürgerlich-demokratischen Gesinnung zurücktreten mußte. Erst nach Ausbruch der Revolution wurde er, obwohl er nicht Sozialist war, von Kurt Eisner wieder an die Spitze des Verkehrsministeriums berufen und wurde, als das Eisenbahnwesen ans Reich überging, Leiter der bayr. Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums. Ob das Motiv seiner Verfehlung Gewinnlust war oder übertriebene Sammelwut — bekanntlich sind solche Fälle nicht allzu selten —, jedenfalls hat sie mit seiner amtlichen Eigenschaft oder politischen Gesinnung — Frauendorfer ist nie politisch hervorgetreten — nicht das geringste zu tun, was natürlich nicht hindert, daß die rechtsstehenden bayerischen Blätter die Tat Frauendorfers zum Anlaß einer wüsten Heiße gegen das Regime Eisers nehmen.

Ein vorurteilsloser Kommunist.

In die Wolff-Meldung, daß an einer Unterredung mit dem Reichsminister wegen Oberschlesiens auch nicht an der Regierung beteiligte Politiker teilnahmen, knüpft die Berliner Rote Fahne die Frage: „Sollten unter ihnen auch Unabhängige gewesen sein?“

Dazu ist zu bemerken, daß sich Mitglieder unserer Partei in richtiger Erkenntnis, daß unser Eintreten für Oberschlesien nichts mit dem Eintreten der bürgerlichen Parteien gemein hat, nirgends von der Bourgeoisie einfachen Bewegung für Oberschlesien angegeschlossen haben. Hingegen geht aus einem Veranlassungsbericht der „Heimatlichen Schlichter“, Ortsgruppe Pleschitz, hervor, daß an einem Kommunisten, namens Steinig, 3700 Mark aus den gesammelten Geldern übergeben worden sind. Daraus geht jedenfalls hervor, daß die Beziehungen der Kommunisten zu der oberschlesischen Bewegung weit enger sind als die unserer Partei und daß also die neugierige Frage der Rote Fahne nicht ohne Begründeter an die eigenen Parteigenossen gerichtet gewesen wäre.

Ferry vor dem halleischen Ausnahmegericht.

Der Urheber des mißlungenen Dynamitanschlags auf die Berliner Siegessäule, Wilhelm Herrig, genannt Ferry, stand am Freitag mit vier Genossen wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz vor dem halleischen Ausnahmegericht. Der 24-jährige Herrig, der in Magdeburg geboren und von Beruf Kaufmann ist, gehört, wie er angibt, keiner politischen Partei an. Er habe sich seit der Revolution als revolutionärer Kämpfer in verschiedenen Ländern betätigt, so in Katalonien und Sowjetrußland. Nach dem Attentat auf die Siegessäule in Berlin, die er befehlen wollte, weil er darin das Symbol des Militarismus erblickte, sei er nach Mitteldeutschland gekommen, um bei der kommunistischen Partei Untergrund zu finden. Leider habe man ihn dort für einen Spion gehalten. Die Verhandlungen in Mitteldeutschland erklärte er bei der heutigen Verhandlung für nutzlos. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß er in mehreren halleischen Sprengstoffnagelwerken und den Städten des Mansfeldischen hat bringen lassen.

Die an dem Transport beteiligten Angeklagten wurden zu Strafen von 1½ Jahren Gefängnis bis 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen Ferry selbst hat das Gericht das Verbot erlassen, daß er die Angeklagten bereits in Berlin zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei und in seiner Tätigkeit in Halle und Umgebung eine fortgesetzte Handlung erblickt werden müsse.

Es wird schon noch werden. Nach Informationen der T. U. ist die Anklage gegen den Oberkapitän Traugott von Jagow wegen seiner Teilnahme beim Kapp-Putsch jetzt, nach Abschluß der Voruntersuchung, von der Reichsanwaltschaft dem ersten Strafenat des Reichsgerichts zugestellt worden. Damit ist die Anklage offiziell erhoben. Der erste Strafenat wird gemäß der Strafprozedurordnung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu beschließen haben.

Die Hauptverhandlung selbst wird vor dem vereinigten 2. und 3. Strafenat des Reichsgerichts stattfinden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge und mit Rücksicht auf die bis zum 15. September dauernden Gerichtsferien darf man annehmen, daß die Hauptverhandlung frühestens im Oktober d. J. stattfinden wird.

Also nach 1½ Jahren — schließlich! — wird der erste Kappverbrecher wahrhaftig vor dem Reichsgericht erscheinen! Wenn nichts mehr dazwischen kommt und Traugott sich nicht etwa noch eines andern befleißt und das Geld seiner Freunde verfallen läßt. Also Geduld, liebe Seele!

Kleine Auslandsnachrichten.

Aburteilung der österreichischen Kriegsschuldigen.

Rom, 22. Juli. (TU.) Wie Star-pa meldet, steht die Aburteilung der österreichischen Kriegsschuldigen auf der Tagesordnung des Obersten Rates. Von zwei Ententemächten ist der Antrag eingebracht worden, probeweise von der österreichischen Regierung dasselbe Gerichtsverfahren zu verlangen, das in Deutschland durchgeführt wurde.

Die Vorbereitungen zur Uebergabe Westungarns.

Paris, 22. Juli. Die Botschafterkonferenz hat die erste Sitzung der österreichisch-ungarischen Grenzkommission zum 27. Juli einberufen.

Ein angenehmer Gast.

Auf Erkundigungen bei der schwedischen Regierung in der britischen Regierung mitgeteilt worden, daß die Krone Bewachung des früheren Kaisers Karl von Österreich aufrecht erhalten werde und daß keine Wahrscheinlichkeit bestehe, daß er noch einmal entweichen kann. In diesem Sinne aus Budapest verbreitete Nachrichten kommen wahrscheinlich aus monarchistischen Kreisen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Frenzel in Leipzig.
Verantwortlich für den Interaktiven: Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Vorgessen Sie nicht für die Reise
1 Tube Zahnpasta „No. 23“
(Dr. Bahr's berühmtes Zahnpulver „No. 23“ in Pastenform) einzukaufen. In denselben Verkaufsstellen vorrätig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.